

Integration von Fachanwendungen unter Einsatz von Standards in einer landeseigenen eGovernment Serviceplattform

Prof. Dr. Regina Polster

CETAS – Centrum für E-Business Technologien, Anwendungen und Systeme
an der Fachhochschule Schmalkalden, Fachbereich Informatik
Am Schwimmbad
D-98574 Schmalkalden
r.polster@fh-sm.de

Abstract: Der Freistaat Thüringen plant die Umsetzung von eGovernment auf der Basis eines einheitlichen eGovernment-Konzeptes und der Schaffung einer einheitlichen Serviceplattform für alle Applikationen. Nach einer kurzen Einführung in den Status Quo von eGovernment in Thüringen beschreibt der Beitrag die Einordnung des Projektes „Serviceplattform“ in das eGovernment-Gesamtkonzept des Freistaates und erläutert die einzelnen Grundfunktionen. Die dabei zugrundegelegten besonderen Thüringer Anforderungen hinsichtlich Technologien und Standards werden kurz dargestellt. Auf dieser Basis soll in einem zweiten Schritt die Integration verschiedener Fachanwendungen in die Serviceplattform erfolgen, um allen Beteiligten (Verwaltung, Bürger, Unternehmen) den one-stop-Zugang zu eGovernment zu erleichtern. Mit einer kurzen Darstellung der Auswirkungen für die einzelnen Zielgruppen Landesverwaltung, Landkreise und Kommunen, Mitarbeiter sowie IT-Lieferanten schliesst der Beitrag.

1 Einleitung

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben am 17.06.2004 in Berlin die folgenden Ziele für die Umsetzung von eGovernment in Deutschland beschlossen:

- 2005 Zugang für elektronische Kommunikation bei allen Behörden
- 2006 Online-Verfügbarkeit aller 2003 beschlossenen Deutschland-Online-Vorhaben
- 2007 Elektronische Kommunikation zwischen den Behörden
- 2008 Umfassende Online-Bereitstellung aller geeigneten Verwaltungsverfahren

Mit diesem Beschluss hat die Relevanz und Dringlichkeit der Umsetzung von eGovernment weiter zugenommen. Der Freistaat Thüringen forciert die Umsetzung bereits seit mehreren Jahren. Bereits 2000 hat die Thüringer Landesregierung das Rahmenkonzept „Moderne Verwaltung in Deutschlands starker Mitte“ zur Weiterentwicklung der Verwaltungsreform und der Landesverwaltung beschlossen

[TIM2001]. Die Zielsetzungen der Modernisierungsbestrebungen gliedern sich im wesentlichen in sechs Bereiche:

- Überprüfung des öffentlichen Leistungskatalogs und Regelungsbestands
- Verbesserung der Bürger- und Kundenorientierung
- Erhöhung der Transparenz und Vereinfachung der Verwaltungsverfahren
- Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns
- Sicherung der Motivation der Beschäftigten
- Konsequente Nutzung der neuen Informationstechnologien

Wesentliche Bestandteile der Verwaltungsmodernisierung sind z.B. die Durchführung der Gemeindegebietsreform, die Errichtung des Landesverwaltungsamtes als zentraler Mittelbehörde sowie die Kommunalisierung einer Reihe von staatlichen Aufgaben [Mo2003], S. 15.

Die Dienstleistungserstellung in Kommunalverwaltungen erfolgt bisher aber auch in Thüringen eher produktorientiert als bürgerorientiert. Aufgrund starrer tayloristischer Organisationsstrukturen bestehen klar abgegrenzte Zuständigkeiten [Da2002], S. 84. Eine one-stop-Administration ist bisher nicht realisierbar.

Im Rahmen eines Forschungsprojektes wurde 2003 eine IST-Aufnahme internetbasierter Bürgerinformationssysteme in Thüringer Kommunen durchgeführt. Ziel dieser Analyse war die Evaluierung der Durchdringung von E-Government im Freistaat Thüringen. Hierbei wurden alle Kommunen im Freistaat hinsichtlich Existenz und Qualität von Bürgerinformationssystemen geprüft. Ergänzend erfolgte 2004 eine Befragung zur Eigeneinschätzung der Thüringer Kommunen bzgl. ihrer innen- und außenorientierten E-Government-Maßnahmen.

Es ergab sich, dass neben den weitestgehend realisierten Interaktionsgrad „Information“ ein Bedarf hinsichtlich den in Thüringen zumindest in Ansätzen realisierten Stufen „Kommunikation“ und „Transaktion“ besteht [BP2004] S. 3, und kaum Ansätze für eine landesweite „Integration“ zu finden sind. Dies ist sicherlich damit zu begründen, dass diese anspruchsvollste Variante elektronischer Kommunikation i.d.R. mit einer Restrukturierung und Neudefinition von Prozessen verbunden sein muss [SKH2003], S. 29. Hier bestehen noch Defizite in der Qualifikation (Prozessverständnis und Technologien) sowohl bei den Mitarbeitern der Kommunalverwaltung aber auch bei den überwiegend mittelständischen IT-Dienstleistern der Kommunen. Ein weiterer Grund für die bisher mangelnde Interaktion liegt aber auch in der regionalen Besonderheit des Freistaates Thüringen.

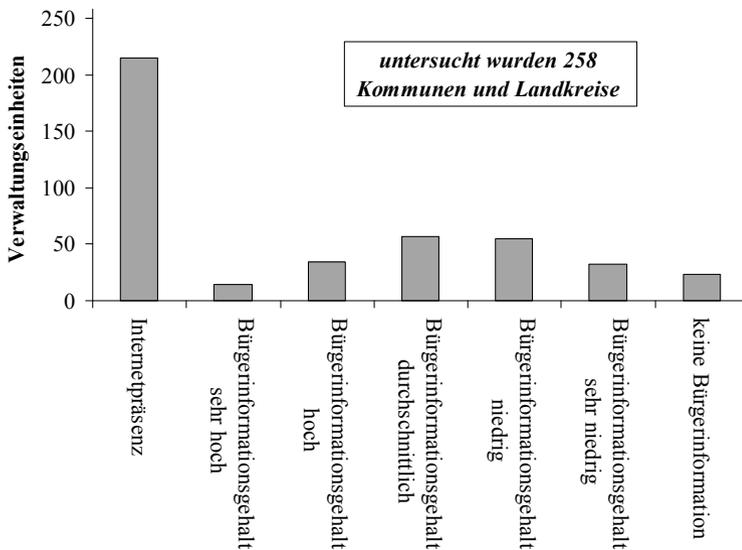


Abb. 1: "IST-Aufnahme bestehender Bürgerinformationssysteme in Thüringer Kommunen und Landkreisen" [BP2004], S. 2

Gebietsbezogene Plattformen sind vor allem im Kommunalbereich verbreitet, der Schwerpunkt liegt eindeutig bei den Großstädten. Bei diesen ist hinsichtlich Betriebsgröße und finanzieller Leistungsfähigkeit die kritische Einstiegsmasse ins eGovernment eher erreicht als bei kleinen Kommunen [Me2002], S. 259. Mit dem Gebietsbezug ist i.d.R. aber auch die begrenzte Reichweite von Verwaltungsdienstleistungen vorprogrammiert. Eine Interoperabilität der Plattformen ist häufig nicht gegeben. Selbst größere Verwaltungen sind mit dem Aufbau einer eigenen Plattform für elektronische Signaturen und Authentifizierungsverfahren überfordert, so dass häufig Zugangsregelungen im Rahmen geschlossener Benutzergruppen als Übergangslösungen eingerichtet werden. Für Thüringen mit insgesamt etwa 2,4 Mio. Einwohnern (Stand 31.12.2002) und nur 3 Städten über 100.000 Einwohnern ist aus den oben genannten Gründen eine landesübergreifende technologische Lösung anzustreben.

Mit der Serviceplattform des Freistaates Thüringen sollen zumindest die technologischen Voraussetzungen für die Realisierung von eGovernmentanwendungen für die Landesverwaltung und für die Kommunen geschaffen werden. Verwaltungen brauchen Datenbestände nicht mehr selber vor Ort führen, sondern durch zentrale Datenhaltung können computergespeicherte Daten jeder berechtigten Dienststelle jederzeit zur Verfügung stehen. Sowohl die Bündelung publikumsintensiver Dienstleistungen (Aufgabenintegration) wie auch die Einrichtung lokal verteilter Organisationseinheiten (Dezentralisation) werden ermöglicht und tragen so zur Bürgerorientierung bei [BüF11999]S. 25.

Das geplante Applikationsserverkonzept bietet die Möglichkeit zur durchgängigen Online-Prozessgestaltung für Bürger, Wirtschaftspartner sowie Verwaltungsmitarbeiter.

Über eine zentrale Portalkomponente soll es ermöglicht werden, stufenweise elektronischen Zugang zu allen Verwaltungen und Verwaltungsdienstleistungen zu schaffen. Mit der geplanten Serviceplattform sollen die Möglichkeiten der Organisationsgestaltung von Kommunalverwaltungen erweitert und Collaborationsszenarien zwischen Verwaltungseinheiten realisierbar werden.

2 Das eGovernment-Konzept Thüringens

Im Rahmen eines public-private-partnerships mit den Thüringer Landkreisen, dem Thüringer Städte- und Gemeindebund, dem Thüringer Landesrechenzentrum, dem KIV¹ Hessen sowie den Unternehmen Oracle, Siemens-Business-Services sowie Deutsche Telekom AG wurde ein eGovernment Konzept erarbeitet und im Dezember 2001 vom Kabinett beschlossen. Das Konzept wurde sowohl für die Landes- als auch die Kommunalverwaltung entwickelt und stellt einen Handlungsleitfaden für die eGovernment-Strategie des Freistaates dar. Zielsetzung ist es, die Realisierung einer einheitlichen Technologie sicherzustellen. Zu diesem Zweck wurden, aufbauend auf der bestehenden Infrastruktur in den Landes- und Kommunalverwaltungen, konkrete Empfehlungen zur technologischen Umsetzung des eGovernment gegeben. Die Lösungsvorschläge beziehen sich auf die Bereiche Infrastruktur, Sicherheit, Technologieplattformen sowie Applikationen und Dienste.

3 Konzeption der Serviceplattform

Die Serviceplattform soll durchgängig in Web-Technologie realisiert werden. Die fachlichen Anforderungen beruhen auf dem eGovernmentkonzept und dem Technologiekonzept des Freistaates Thüringen. Über die technologische Plattform soll die Interoperabilität zwischen den Prozessen hergestellt werden. Dabei stellt der Portalkern die zentrale Grundlage für alle zum Einsatz kommenden Anwendungen dar (Applikationsserver). Diese muss höchstmögliche Performance und Verfügbarkeit gewährleisten.

Über die Serviceplattform sollen die folgenden grundsätzlichen internen und externen Verwaltungsdienstleistungen online für das Land und die Kommunen angeboten werden:

- Informationsaufbereitung und -bereitstellung
- Bilaterale Kommunikationsanwendungen
- Transaktionsanwendungen
- Zentrale Benutzerverwaltung
- Online-Dokumentenaustausch

¹ KIV Hessen = kommunale Informationsverarbeitung in Hessen

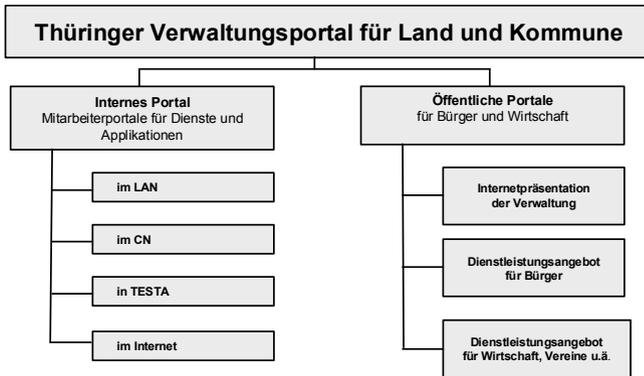


Abb. 2: Geplante Elemente der eGovernment Serviceplattform [TIM2001], Kap. 1, S.13

Die Portallösung basiert auf der Backend-Seite im Wesentlichen auf den Oracle Produkten Oracle 9i Datenbank, Oracle Internet Directory (OiD) und Oracle 9i Application Server. Über den Oracle Single Sign On (SSO)-Server werden Nutzer-Authentifizierungen gegen das OiD geprüft und bei vorhandener Zugriffsberechtigung wird der Zugang jeweils für eine Session gewährt. Eine Authentifizierung ist notwendig, sobald ein Nutzer auf nicht-öffentliche Portalinhalte zugreifen möchte. Mittels der Plattform ist die Nutzung zentraler Serverdienste wie z.B. eMail, LDAP und Zertifikatsverzeichnisdienst sowie die Gewährleistung von Security für den Zugang zu vertraulichen Daten u.a. durch Digitale Signatur und Verschlüsselung geplant.

Die Serviceplattform soll neben dem Portalkern auch zahlreiche weitere Daten- und Applikationsdienste bereitstellen. Dabei bietet die Kopplung der zu entwickelnden Fachmodule mit dem Dokumentenmanagement-/Vorgangmanagement-System die Möglichkeit, Funktionen und Dokumente anwendungsübergreifend zu verbinden und die einzelnen Prozesse vollständig elektronisch abzubilden.

Bei der Realisierung der Plattformlösung werden die in Thüringen bereits im Einsatz befindlichen Softwareprodukte und die Infrastruktur der Landes- und Kommunalverwaltungen eingebunden bzw. bestehende Konzepte berücksichtigt. Die Grundfunktionen und die festgelegten Produkte sind im einzelnen:

- Portalkern auf Oracle-Basis
- zentraler Verzeichnisdienst (ADS in Kombination mit OID und Open LDAP) und zentrale Benutzerverwaltung
- Zuständigkeitsfinder (Z-Finder von Sachsen Anhalt)
- Suchmaschine
- Contentmanagementsystem (Imperia)
- Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem (VISkompakt)
- Intermediär- Virtuelle Poststelle (Governikus von BOS)
- Formularservice (VISkompakt)
- Verschlüsselung, Authentifikation und Signatur (u.a. Governikus)
- Geo-Middleware (GeoVIS)

- ePayment und Marktplatz (Enfinity)
- eLearning- Managementsystem (auf reine Administration von Lerninhalten beschränkt)
- Servicecenter (im ersten Schritt Realisierung eines User Help Desks und im zweiten Schritt erst ein umfassendes Service Level Management)
- Mailtool (zentrale Lösung für alle Thüringer Verwaltungen)
- Management von Arbeitsgruppentätigkeiten (CIRCA² der EU)

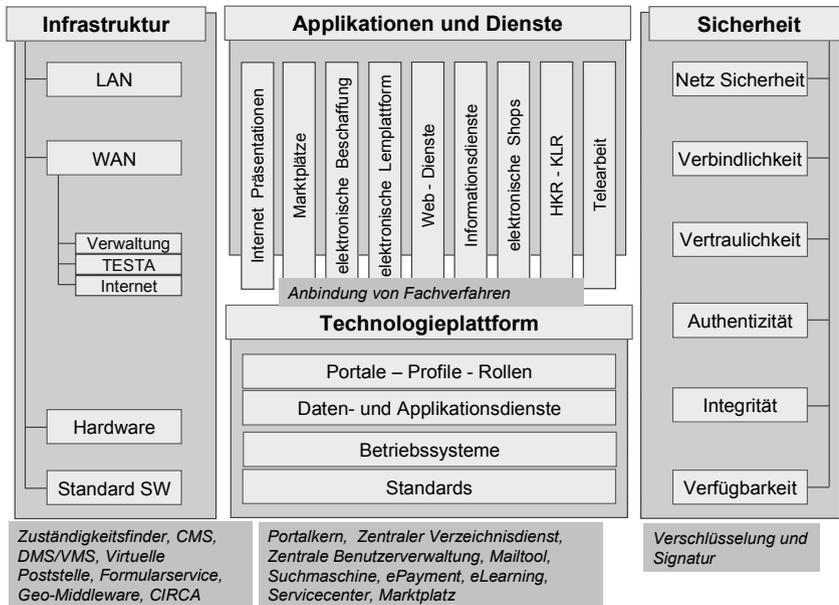


Abb. 3: Grundfunktionen der Serviceplattform (kursiv) innerhalb der eGovernment Konzeption für Thüringen in Anlehnung an [TIM2001], Kap.5, S.3

Der Betrieb und die Betreuung der Serviceplattform sollen durch landeseigene Dienstleister (Thüringer Landesrechenzentrum und ZIV³) erfolgen. Als Kommunikationsinfrastruktur sollen das Internet, das gemeinsam von Land und Kommune genutzte Corporate Network und das TESTA- Netz⁴ genutzt werden.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang anzumerken, dass die in der Serviceplattform bereitgestellten Grundfunktionen von den Landesverwaltungen und den Kommunen genutzt werden können, aber nicht zwingend müssen. Wenn Kommunalverwaltungen bereits über eigene Lösungen, z.B. ein Contentmanagementsystem, verfügen, haben diese den Charakter von Fachverfahren und können bei TSPA-Konformität integriert werden. Was darunter im einzelnen zu verstehen ist, wird nachfolgend erläutert.

² CIRCA = Communication & Information Resource Centre Administrator; <http://forum.europa.eu.int/>

³ ZIV = Zentrum für Informationsverarbeitung, Erfurt

⁴ TESTA = Trans-European Services for Telematics between Administrations; Overlay-Netz der europäischen Verwaltungen

4 Das TSPA-Konzept des Freistaates Thüringen

Mit dem TSPA-Konzept (Technologien, Standards, Plattformen, Architektur) [Th2004] wird das Ziel eines ganzheitlichen Ansatzes für die der Verwaltungsmodernisierung zugrunde liegenden eGovernment Projekte verfolgt.

Die Realisierung künftiger eGovernment Projekte und deren Verknüpfungen bedingen:

- Interoperabilität
- Weitestgehende Betriebssystemunabhängigkeit
- Skalierbarkeit, Modularität, Mandantenfähigkeit
- Daten- und Prozess- Sicherheit
- Verfügbarkeit der Prozesse und Daten

Das TSPA-Konzept beschreibt in verdichteter Form, die dem eGovernment- Konzept des Freistaates Thüringen zugrunde liegenden Standards, Verfahren, Methoden und Produkte und erweitert diese. Dabei werden bereits vorhandene Lösungsansätze wie SAGA (Standards und Architekturen für eGovernment Anwendungen)⁵, OSCI⁶ (Online Services Computer Interface) und Governikus⁷, DOMEA (Dokumentenmanagement und elektronische Archivierung im IT-gestützten Geschäftsgang)⁸ sowie das TESTA-EU Verwaltungsnetz weitestgehend berücksichtigt. Auch Empfehlungen des Architekturmodells für Interoperabilität von e-Government-Anwendungen in Bund, Ländern und im Kommunalen Bereich in Deutschland des KoopA ADV⁹ gingen in die Konzeption u.a. hinsichtlich Netzstruktur, Gremienbetreuung durch den CIRCA-Informationsserver sowie Zuständigkeitsfinder mit ein.

Der Technologieansatz für den Freistaat Thüringen basiert auf der 3-Ebenen-Architektur (3-Tier-Architektur) mit Präsentationsebene (Client-Tier), Applikations- und Integrationsebene (Middle-tier) und Datenebene mit Datenbanken und Verfahren (Backend). Der in absehbarer Zukunft zu erwartenden Einsatz der „Web-Services-Technologie“ wird berücksichtigt. Technisch gesehen fungiert „Web-Services“ als Schnittstelle zwischen Anwendungssystemen auf der Basis von Web-Technologie und Internet-Protokollen und Standards. Im folgenden werden auszugsweise einige zentrale Elemente der Architektur vorgestellt.

4.1 Präsentationsschicht

Die Präsentation der Portale (Applikationen und Dienste) erfolgt für den Anwender in einem Webbrowser. Dabei werden folgende obligatorische Anforderungen an einen Webbrowser gestellt [Th2004], S. 8 f.:

⁵ www.kbst.bund.de- SAGA Version 2.0 - Dezember 2003

⁶ www.osci.de

⁷ www.bos-bremen.de

⁸ www.kbst.bund.de - DOMEA-Konzept-Anforderungskatalog 2.0 - Entwurfsversion 0.9a - Mai 2004

⁹ KoopA ADV = Kooperationsausschuss Automatisierte Datenverarbeitung Bund, Länder und Kommunalen Bereich

- Unterstützung von DHTML-Features, Cascading Style Sheets sowie des W3C Document Object Model
- Multimedia Unterstützung
- XML-Unterstützung
- Java VM
- Einstellmöglichkeiten zu abgestuften Zugriffseinschränkungen für Applikationen

Es wird empfohlen, soweit wie möglich auf die Anwendung von aktiven Inhalten zu verzichten und dafür dynamische Internet-Seiten zu verwenden. Der Einsatz von ActiveX-Controls, VBScripts und unsigniertem JavaScript wird grundsätzlich abgelehnt. Cookies sind zwar keine aktiven Inhalte im engeren Sinne, können jedoch vom Anbieter entgegen den Anforderungen des Datenschutzes zur Untersuchung des Nutzungsverhaltens missbraucht werden. Im Sinne der Wahrung des Vertrauens in eGovernment wird deshalb empfohlen, auf persistente Cookies grundsätzlich zu verzichten.

4.2 Anwendungs- (Applikations-) ebene

Verbindliche Plattform ist die Enterprise Edition (J2EE) als eine Java 2 Plattform-Version mit vollständigen Leistungsmerkmalen, die Unternehmensanwendungen für den Zugriff durch jeden Web-Browser erweitert [Th2004], S. 15 ff.. Die Java 2 Plattform, Enterprise Edition, vereint eine Reihe von Technologien innerhalb einer Architektur mit einem umfassenden Application Programming Model und einer Compatibility Test Suite und trägt damit wesentlich zu einer weniger komplexen und kostengünstigeren Entwicklung von Netzwerk-Anwendungen bei. Die Anbindung von Clients im Internet erfolgt typischerweise über Java Server Pages (JSP) oder Web-Services; Clients im Intranet können etwa als Applets oder Java-Applikationen realisiert werden. Die Komponenten der Enterprise Javabeans (EJB) dienen zur Implementierung des Geschäftsmodells (Business Object Model) und der Geschäftsprozesse (Business Process). Die Anbindung von weiteren Systemen etwa Mainframebasierender Anwendungen oder Enterprise Ressource Planning-Lösungen kann über die inzwischen standardisierte J2EE Connector Architecture (JCA) erfolgen.

4.3 Datenebene

Die Datenebene umfasst die Forderung eines objekt-relationalen Datenbanksystems u.a. mit folgenden Funktionalitäten [Th2004], S. 30 ff.:

- Online Backup und Recovery
- Schutz vor unautorisiertem Zugriff
- Clusterfähigkeit
- Betriebssystemunabhängigkeit
- Kontext-, Phonetische-, Stichwortsuche
- Partitionierung von Daten
- Gateway-Technologie

- Webfähiges, integriertes Administrationswerkzeug
- Komplexe und multimediale Datentypen

XML (Extensible Markup Language,) soll als der universelle und primäre Standard für den Datenaustausch aller verwaltungstechnisch relevanten Informationssysteme dienen. Neu zu beschaffende Systeme sollen in der Lage sein, über XML Daten auszutauschen. Existierende Systeme müssen nicht zwingend direkt XML-fähig sein. Bei Bedarf kann auch Middleware eingesetzt werden, die eingehende XML Informationen interpretiert und in die benötigten Datenformate der Alt- bzw. Fremdsysteme transformiert bzw. konvertiert. Dieser Prozess kann in beide Richtungen erfolgen; über Workflow- und Transaktionsmechanismen kann die Durch- bzw. Ausführung eines Geschäftsprozesses überwacht werden.

5 Anbindung von Fachverfahren

Einen besonderen Stellenwert nimmt die Anbindung von Fachverfahren ein. Auf Basis der Grundfunktionen „Zentraler Verzeichnisdienst“ und „Zentrale Benutzerverwaltung“ soll die Anbindung von Fachverfahren über Schnittstellen an das Portal ermöglicht werden. Der Nachweis der Funktionsfähigkeit des Service-Portals soll in einem ersten Schritt durch die Integration von vier bereits bestehenden Fachverfahren aus verschiedenen Zuständigkeitsbereichen erfolgen:

- Umweltdatenkatalog (Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt)
- Geodaten-Marktplatz
- Gültigkeitsverzeichnis für Verwaltungsvorschriften (Staatskanzlei)
- Logistik-Management-System der Thüringer Polizei

Grundlegende Eigenschaften wie Wiederverwendbarkeit, Verwendung offener Standards und Plattformunabhängigkeit sind als zentrale Vorgaben zu betrachten. Da aber u.a. aus wirtschaftlichen Gründen nicht erwartet werden kann, dass alle Altanwendungen sofort auf die im TSPA vorgegeben Standards umgestellt werden können, sind geeignete Maßnahmen einer möglichen Verknüpfung berücksichtigt. Für neue Anwendungen sind die vorgelegten Standards bindend.

Die zentrale Servicekomponente muss entsprechende XML-Schnittstellen sowie deren Protokolle bereitstellen. Die Verarbeitung soll synchron und asynchron erfolgen können, auf definierbaren Regeln basieren und transaktionsgesteuert ablaufen.

Fachverfahren, die in der Thüringer Verwaltung im Sinne der Umsetzung der eGovernmentstrategie zum Einsatz kommen, unterliegen folgenden Grundsätzen

- Zentralisierung von Applikation und Datenhaltung (Serverhosting)
- Webanwendung; Webservices
- Nutzung einer einheitlichen Serviceplattform
- Modularität und Wiederverwendbarkeit von Projektmodulen
- Vermeidung von applikationsbezogener redundanter Datenhaltung

In der Thüringer Verwaltung werden verschiedene Bestands- oder Legacy- Systeme eingesetzt und in Teilbereichen auch weiterhin betrieben werden (z.B. Mainframe Transaktionsverarbeitung und andere Legacy Applikationen). Diese Legacy Systeme können je nach unterstützter Betriebsart in drei Klassen gruppiert werden:

- a. transaktionsgesicherte Verarbeitung durch Endbenutzer mittels vorhandener Dialogsysteme,
- b. asynchrone Verarbeitung von Daten mit Stapelverarbeitungsprozessen (Massendatenverarbeitung) und
- c. Programm-Programm-Kommunikation auf der Basis proprietärer Protokolle.

Zur Integration von Bestandssystemen existieren zwei grundsätzliche Möglichkeiten:

- a. direkte Integration über sogenannte "Legacy-Schnittstellen" oder
- b. Integration über eine eigene Integrationssschicht, in der der eigentliche Zugriff auf die Bestandssysteme modular gekapselt wird.

Damit soll erreicht werden, dass auch weiterhin, je nach Bedarf individuelle Anwendungen von Kommunen beibehalten werden können.

6 Fazit

Betrachtet man die geplante Systemarchitektur der eGovernment-Serviceplattform, so stellt sich die Frage, welche Vorteile diese Festlegung von Technologien, Standards, Protokollen und Architektur den einzelnen Zielgruppen bietet.

Für die Landesverwaltung bedeutet die Umsetzung des Projektes

- Nutzung einer einheitlichen Serviceplattform (Hardware, Infrastruktur) mit einer Erhöhung von Verfügbarkeit und Datensicherheit
- Gemeinsame Nutzung von Fachanwendungen (Mandantenfähigkeit)
- Gemeinsame Nutzung der Serviceleistungen (User Help Desk, Supportleistungen, Fortbildungswerkzeuge)
- Kostenersparnis

Die Vorteile der Nutzung für Landkreise und Kommunen sind ähnlich gelagert. Neben den oben angeführten Punkten ist zusätzlich die Möglichkeit zur Integration von Daten- und Applikationsdiensten in vorhandene, eigene Portallösungen zu nennen. Da die Entwicklungskosten vollständig von der Landesverwaltung getragen werden, fallen für die Nutzung der Dienste nur rein transaktionsbasierte Kosten an.

Für die Mitarbeiter in den einzelnen Landes- und Kommunalverwaltungen ergeben sich neben den geplanten Verbesserungen durch einheitliche Benutzeroberflächen, benutzerfreundliche Arbeitswerkzeuge und Arbeitsplatzunabhängigkeit zwangsläufig bei der Nutzung der zentralen Dienste auch Veränderungen der Arbeitsabläufe und der Geschäftsprozesse. Durch das integrierte Vorgangsmanagementsystem ist zwar eine Definition und Steuerung von Workflows möglich, eine eventuell notwendige Geschäftsprozessoptimierung muss allerdings in eigenen Projekten realisiert werden.

Durch die Vorgabe der Standards und Technologien wird es den Softwarelieferanten/IT-Dienstleistern ermöglicht,

- ähnliche Vorgehensweisen bei der Bereitstellung von Dienstleistungen und bei der Definition von Datenmodellen zu etablieren (Wiederverwendbarkeit)
- auf Spezifikationen der Serviceplattform in Form öffentlich zugänglicher Dokumentationen zurückgreifen zu können (Offenheit)
- Entwicklungen von Standards zu berücksichtigen (Reduktion von Kosten und Risiken)

Dabei zeigen Anfragen aus anderen Bundesländern, insbesondere von Mitgliedern der „Initiative Mitteldeutschland“, dass die Wiederverwendbarkeit keinesfalls auf Thüringen beschränkt bleiben wird.

Zusätzlich wird zunehmend eine produktübergreifende Interoperabilität der Lösungen verschiedener Anbieter ermöglicht. Die fehlende Interoperabilität der eGovernment-Anwendungen in der Vergangenheit hat verschiedentlich dazu geführt, dass Kommunen entweder ganz auf ein eGovernment-Engagement verzichtet haben oder kostenintensive, integrierte Lösungen ausgewählt haben, ohne deren Funktionsumfang voll ausschöpfen zu können. Durch die Realisierung der Serviceplattform wird es den regional ansässigen klein- und mittelständischen IT-Dienstleistern, vorbehaltlich einer entsprechenden Qualifikation, ermöglicht, ihre Geschäftsbeziehungen zu Kunden aus Landesverwaltung und Kommunen auszubauen und zu stabilisieren.

7 Literatur

- [BP2004] Steffi Baumann, Regina Polster; E-Government und Wissensmanagement in Thüringer Kommunen; fhS-prints 1/2004.
- [BüF11999] Steffi Bütow, Holger Floeting; Elektronische Stadt- und Wirtschaftsinformationssysteme in den deutschen Städten, Stuttgart, 1999.
- [Da2002] Ralf Daum; Integration von Informations- und Kommunikationstechnologien für bürgerorientierte Kommunalverwaltungen, BadenBaden, 2002.
- [Me2002] Harald Mehlich; Electronic Government, Wiesbaden 2002.
- [Mo2003] Roland Molitor; Landes- und Kommunalportal des Freistaates Thüringen – das eGovernment-Konzept der Landesregierung, in: Matthias Dick (Hrsg.) eGovernment – Verwaltung per Mouseclick, fhS-prints 2/2003; S. 1-32.
- [SKH2003] August-Wilhelm Scheer, Helmut Kruppke, Ralf Heib; E-Government, Berlin, Heidelberg, 2003.
- [Th2001] Thüringer Innenministerium (Hrsg.): E-Government – Plattform Konzept für den Freistaat Thüringen, Erfurt, 2001.
- [Th2004] TSPA-Konzept V1.2; Technologien, Standards, Plattformen, Architektur, Erfurt, 2004.

[TIM2001] Thüringer Innenministerium (Hrsg.): Weiterentwicklung der Verwaltungsreform und der Organisation der Landesverwaltung: Rahmenkonzept der Thüringer Landesregierung. Erfurt, 2001.